

A3 Leitantrag: LAUT. SOZIAL. ANTIFA. Antifaschismus ist politische Praxis.

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND
Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum: 18.09.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Anträge

Antragstext

Die Landtagswahl 2026 hat die politische Lage in Sachsen-Anhalt deutlich verschoben. Eine gesichert rechtsextreme Kraft wurde mit 43,8 Prozent der Zweitstimmen stärkste Kraft. Für viele Menschen bedeutet das nicht nur einen veränderten Landtag, sondern die Sorge, dass rechte Sprache, Ausgrenzung und Angriffe auf ihre Rechte und körperliche Unversehrtheit weiter zunehmen. Für uns folgt daraus kein Rückzug. Antifaschismus ist kein Zusatz zu unserer Politik und kein Bekenntnis, das nur auf Demonstrationen oder in Wahlkämpfen auftaucht. Er muss unser Handeln im Parlament, auf der Straße, im Netz und in unseren eigenen Strukturen prägen. Dabei reicht es nicht, nur vor der extremen Rechten zu warnen. Wir müssen benennen, welche politischen und gesellschaftlichen Bedingungen wir verändern wollen und welche Grenzen für uns nicht verhandelbar sind. LAUT. SOZIAL. ANTIFA. beschreibt deshalb unseren politischen Anspruch: Wir schaffen Öffentlichkeit, organisieren Gegenmacht, kämpfen für soziale Sicherheit und stellen uns rechten Strukturen konsequent entgegen.

1. LAUT. - Räume nicht den Rechten überlassen

Laut sein heißt für uns, rechte Erzählungen nicht unwidersprochen zu lassen. Im Netz, auf Marktplätzen, in Schulen, Jugendclubs, Betrieben und auf Demonstrationen wollen wir sichtbar sein und Menschen die Möglichkeit geben, selbst aktiv zu werden. Antifaschistische Politik braucht Öffentlichkeit, gerade dort, wo rechte Akteur*innen versuchen, Debatten zu dominieren oder Menschen einzuschüchtern.

Dazu gehört auch digitale Öffentlichkeit. Wir wollen rechtsextreme Strategien und Netzwerke verständlich sichtbar machen, Falschinformationen widersprechen und die Perspektiven von Menschen stärken, die von rechter Politik und rechter Gewalt betroffen sind. Social Media darf dabei nicht bei Empörung stehen bleiben: Unsere Reichweite soll Menschen zusammenbringen, zu Veranstaltungen führen und politische Organisation ermöglichen.

Gleichzeitig muss die digitale Öffentlichkeit stärker vor rechter Hetze und

Hasskriminalität geschützt werden. Gesetze zum Schutz vor Hasskriminalität müssen weiterhin konsequent angewandt werden, um Menschen, die sich für Demokratie einsetzen, vor rechter Diffamierung zu schützen.

Laut sein heißt ebenso, vor Ort ansprechbar zu bleiben. Handlungsfähige Strukturen der GRÜNEN JUGEND können Anlaufpunkte für junge Menschen sein, die sich gegen Rechts engagieren wollen. Deshalb unterstützen wir Kreisverbände und lokale Gruppen dabei, antifaschistische Bildungsangebote, Aktionen und Bündnisse aufzubauen. Denn antifaschistische Politik braucht handlungsfähige Strukturen im ganzen Land.

-Freie Presse und antifaschistischen Protest verteidigen:

Wir verteidigen Versammlungs- und Pressefreiheit sowie den Raum für zivilgesellschaftliches Engagement. Wir stehen hinter freier und unabhängiger Presse, dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und ausdrücklich auch dem MDR. Gerade wenn rechte Kräfte versuchen, Medien, Kultur und Zivilgesellschaft unter Druck zu setzen, braucht es starke unabhängige Stimmen.

Antifaschistische Gruppen und Demonstrierende dürfen nicht mit der extremen Rechten gleichgesetzt oder pauschal zum Sicherheitsproblem erklärt werden. Sicherheitsbehörden müssen tatsächliche Gefahren bewerten und dürfen politische Kritik nicht mit Extremismus verwechseln. Wenn Faschist*innen politische Macht gewinnen und demokratische Handlungsspielräume einschränken, wird Protest zu einer zentralen Form des Widerstands. Dazu gehört für uns auch ziviler Ungehorsam, etwa gegen Naziaufmärsche oder Abschiebungen. Wo institutionelle Wege versagen oder bewusst verschlossen werden, kann Widerstand außerhalb dieser Strukturen notwendig werden. Wer sich der extremen Rechten entgegenstellt, darf dafür nicht unter Generalverdacht geraten.

2. SOZIAL. - Sicherheit statt Konkurrenz nach unten

Rechte Politik lebt davon, gesellschaftliche Konflikte umzulenken: gegen Geflüchtete, gegen Bürgergeldempfänger*innen, gegen queere Menschen oder gegen andere Gruppen, denen die Verantwortung für Probleme zugeschoben wird, die sie nicht verursacht haben. Wir stellen uns dieser Logik entgegen. Unsere Antwort auf soziale und wirtschaftliche Unsicherheit ist nicht Ausgrenzung, sondern Solidarität.

Antifaschistische Politik muss deshalb auch die materiellen Bedingungen des Lebens ernst nehmen und die Voraussetzungen für ein gutes Leben ermöglichen. Ein gutes Leben braucht bezahlbaren Wohnraum, gute Löhne, starke Tarifbindung, verlässliche soziale Sicherung und eine erreichbare Gesundheitsversorgung. Dabei setzen wir nicht auf Druck und Zwang, sondern auf Unterstützung und die Voraussetzungen dafür, dass alle Menschen gesellschaftlich teilhaben können. Kleine und mittlere Einkommen sollen bei der Lohnsteuer stärker entlastet werden, während große Vermögen und sehr hohe Einkommen einen größeren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten sollen. Öffentliche Infrastruktur muss

ausgebaut statt kaputtgespart werden.

72 Dabei gilt: Armut oder fehlende Infrastruktur sind nicht die einzigen
73 Erklärungen für Faschismus. Rassismus, Antisemitismus, Queerfeindlichkeit,
74 Sexismus und Ableismus haben eigene gesellschaftliche und ideologische Ursachen.
75 Aber wenn Politik Menschen dauerhaft das Gefühl gibt, dass sich ihr Leben nicht
76 verbessert und sie gegeneinander um knappe Ressourcen konkurrieren müssen,
77 schafft das Räume, die Rechte für ihre Sündenbockpolitik nutzen. Deshalb gehören
78 soziale Sicherheit und Antifaschismus für uns zusammen, ohne das eine auf das
79 andere zu reduzieren.

80 Auch in der Migrationspolitik gilt dieser Grundsatz. Menschenrechte und
81 Menschenwürde sind unantastbar und nicht davon abhängig, wo jemand geboren
82 wurde. Demokratische Parteien dürfen rechte Abschottungs- und
83 Ausgrenzungspolitik nicht übernehmen, um vermeintlich Stimmen zurückzugewinnen.
84 Wer rechte Forderungen kopiert, verschiebt die Grenze des Sag- und Machbaren
85 weiter nach rechts. Wir setzen auf eine Migrationspolitik, die ein gutes
86 Ankommen und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Menschenrechte hängen weder
87 von Herkunft noch davon ab, welchen wirtschaftlichen Nutzen jemand hat.

88 3. ANTIFA. - Rechte Strukturen begrenzen, Betroffene schützen
89 Mit der AfD gibt es für uns keine Zusammenarbeit, keine gemeinsamen Mehrheiten
90 und keine Normalisierung ihrer Politik. Der Landesverband Sachsen-Anhalt wird
91 vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft.
92 Diese Einordnung ersetzt keine politische Auseinandersetzung, sie unterstreicht
93 aber, dass der Umgang mit dieser Partei nicht wie mit einer gewöhnlichen
94 demokratischen Konkurrenzpartei geführt werden kann.

95 - AfD-Verbot prüfen und Verbotsverfahren einleiten:
96 Die AfD ist eine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung, gerade
97 jetzt, wo sie erstmals eine reale Machtoption hat. Wir setzen uns für ein Verbot
98 der AfD ein. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat sollen einen Antrag auf
99 Prüfung eines AfD-Verbots beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Über ein
100 Parteiverbot entscheidet ausschließlich das Bundesverfassungsgericht.
101 Ein AfD-Verbot ersetzt nicht die politische Auseinandersetzung mit
102 Rechtsextremismus. Es kann aber ein wichtiges Mittel der wehrhaften Demokratie
103 sein, wenn eine Partei die freiheitlich-demokratische Grundordnung bekämpft.

104 - Rechte Strukturen konsequent bekämpfen: Rechtsextremismus endet nicht bei der
105 AfD. Auch neonazistische Gruppen, rechte Jugendorganisationen und andere
106 rechtsextreme Netzwerke versuchen, Menschen zu organisieren, einzuschüchtern und
107 öffentliche Räume zu besetzen. Wir wollen diese Strukturen sichtbar machen, ihre
108 Vernetzung erschweren und antifaschistische Initiativen unterstützen, die ihnen
109 vor Ort entgegentreten. Gleichzeitig müssen solche Bewegungen auch mit
110 rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Dazu kann auch ein Verbot durch das

Bundesinnenministerium gehören, wenn die Verfassungsfeindlichkeit nachgewiesen ist.

- Antifaschistische Zivilgesellschaft schützen:

Als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt wollen wir antifaschistische Initiativen, Beratungsstellen, Gewerkschaften sowie migrantische und queere Organisationen stärker unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten. Dazu gehören gemeinsame Aktionen, Vernetzung, politische Rückendeckung und, wo möglich, Unterstützung mit unseren eigenen Strukturen und Ressourcen. Gleichzeitig fordern wir eine langfristige und verlässliche Finanzierung dieser Arbeit durch Bund und zuständige öffentliche Stellen.

- Unabhängige Gerichte schützen:

Eine starke Demokratie braucht unabhängige Gerichte, die frei von politischer Einflussnahme entscheiden können. Gerade angesichts des Erstarkens autoritärer und rechtsextremer Kräfte müssen die Unabhängigkeit der Justiz, der Zugang zu wirksamem Rechtsschutz und der Schutz vor politischem Druck konsequent verteidigt werden.

- Sicherheitsbehörden kontrollieren:

Antifaschismus darf nicht bedeuten, Verantwortung allein an Polizei und Verfassungsschutz abzugeben. Sicherheitsbehörden müssen rechte Gewalt verhindern und konsequent verfolgen, gleichzeitig aber selbst demokratisch kontrolliert werden. Rechte Netzwerke, rassistische oder antisemitische Einstellungen und Machtmissbrauch innerhalb staatlicher Institutionen müssen unabhängig aufgeklärt werden. Dafür braucht es starke parlamentarische Kontrolle, unabhängige Beschwerde- und Untersuchungsstrukturen und Transparenz gegenüber Öffentlichkeit und Betroffenen.

Wir lehnen gerade jetzt vor dem Hintergrund einer drohenden rechtsextremen Regierung jegliche Ausweitung der Ermittlungs- und Überwachungsbefugnisse für Polizei und "Sicherheitsbehörden" ab. Wir erleben seit Jahren eine zunehmende Einschränkung von Bürger*innenrechten zugunsten staatlicher Überwachung. Die Aussicht darauf, dass eine gesichert rechtsextreme Partei Regierungsverantwortung übernehmen könnte, muss ein Weckruf sein, diese Entwicklung umzukehren.

- Antifaschistischen Protest schützen:

Menschen, die sich Nazis und rechten Strukturen entgegenstellen, dürfen nicht selbst zum Ziel von Polizeigewalt und Kriminalisierung werden. Wir stellen uns an die Seite der Betroffenen und fordern eine unabhängige Aufarbeitung von Übergriffen, wirksame Beschwerdestellen und klare Grenzen für unverhältnismäßige Polizeimaßnahmen auf Demonstrationen. Grundrechte müssen auch gegenüber der Polizei durchsetzbar sein und antifaschistische Proteste dürfen nicht zum Sicherheitsproblem erklärt werden.

151 - Rechte Gewalt und Waffen:

152 Wer nachweislich rechtsextreme Bestrebungen unterstützt, darf keinen Zugang zu
153 Waffen haben. Bestehende Möglichkeiten des Waffenrechts zur Prüfung und zum
154 Entzug waffenrechtlicher Erlaubnisse bei fehlender Zuverlässigkeit müssen
155 konsequent angewendet werden. Gleichzeitig braucht es eine bessere Erfassung und
156 Aufklärung rechter Bedrohungen, damit Betroffene nicht erst ernst genommen
157 werden, wenn Gewalt bereits stattgefunden hat.

158 Was daraus für uns folgt:

159 Als GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt verstehen wir uns als Teil einer breiten
160 antifaschistischen Zivilgesellschaft. Aus diesem Leitantrag folgt für unsere
161 politische Arbeit:

162 - Wir bleiben laut: Wir bauen antifaschistische Bildungs- und Aktionsangebote
163 aus, nutzen unsere Social-Media-Kanäle zur Aufklärung über rechte Strategien und
164 unterstützen Kreisverbände dabei, vor Ort sichtbar und handlungsfähig zu sein.

165 - Wir verbinden Antifaschismus mit sozialen Kämpfen: Wir stellen uns Versuchen
166 entgegen, Menschen gegeneinander auszuspielen, und machen deutlich, dass soziale
167 Sicherheit, gesellschaftliche Teilhabe und Antifaschismus zusammengehören.

168 - Wir stärken antifaschistische Bündnisse: Wir vertiefen die Zusammenarbeit mit
169 Gewerkschaften, migrantischen und queeren Organisationen, Beratungsstellen,
170 Jugendverbänden und antifaschistischen Initiativen.

171 - Wir verteidigen demokratische Räume: Bei Angriffen auf Versammlungsfreiheit,
172 freie Presse, Zivilgesellschaft oder antifaschistischen Protest beziehen wir
173 öffentlich Stellung und stehen solidarisch an der Seite der Betroffenen.

174 - Wir bleiben politisch eigenständig: Gegenüber BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
175 widersprechen wir, wenn rechte Narrative übernommen, Menschenrechte relativiert
176 oder antifaschistische Grenzen aufgeweicht werden.

177 Wir bleiben laut. Wir kämpfen für soziale Sicherheit. Wir organisieren
178 antifaschistische Gegenmacht.

179 LAUT. SOZIAL. ANTIFA.